

Verein der Goethe Institute sich nun auch lange vernachlässigten Regionen zuwenden, ist richtig und geopolitisch geboten. Die Neuausrichtung darf aber nicht auf dem Rücken der deutsch-französischen Partnerschaft ausgetragen werden, die von beiden Regierungen immer wieder als zentral für die europäische Souveränität bezeichnet wird. Die Unterzeichnenden sehen deshalb in der jetzt vorgestellten „Neuausrichtung“ das falsche Signal zum falschen Zeitpunkt.

Nicht nur haben wir in den vergangenen Monaten mit großer Sorge gelegentliche Misstöne im deutsch-französischen Verhältnis auf politischer Ebene zur Kenntnis nehmen müssen. Der russische Angriff auf die Ukraine stellt auch den Zusammenhalt der NATO und der EU auf die Probe. Nationalist*innen gewinnen an Zulauf und zunehmend Einfluss auf die Politik in unseren Ländern. Sie stellen das Prinzip der Völkerverständigung grundsätzlich in Frage, für das die deutsch-französische Zivilgesellschaft steht.

Umso dringlicher appellieren wir an die Verantwortlichen, das solide Fundament zivilgesellschaftlichen Engagements in unseren beiden Ländern nicht zu schwächen. Mehr denn je hängt es von der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ab, welche Zukunft Europa und unsere europäischen Werte haben werden. Dafür sind Begegnungen und Austausch sowie direkte Kommunikation und kulturelles gegenseitiges Verständnis unerlässlich. Dazu leisten die Goethe-Institute in Frankreich einen entscheidenden Beitrag.

Im Aachener Vertrag und in ihrer im November 2022 verabschiedeten Strategie zur Förderung der Partnersprache hatten sich beide Regierungen darauf geeinigt, die Bedingungen für den Spracherwerb des Partnerlandes grundlegend zu verbessern. So sollte nachlassendem Interesse und Verständnis begegnet werden. Neben dem allgemeinen Schulwesen spielen dafür die Goethe-Institute eine tragende Rolle bei der Vermittlung von Sprache, Kultur und Interesse am Partnerland.

Wir appellieren deshalb an die verantwortlichen Mitglieder des Deutschen Bundestages, das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt und das Goethe Institut, sich im laufenden Haushaltsverfahren noch auf die Bedeutung der deutsch-französischen Verständigung für die europäische Kooperation zu besinnen und die Finanzierung der bestehenden Institute in Frankreich auch in Zukunft sicherzustellen.